

Tunnel ist „nicht so einfach“

Es gab unterschiedliche Vorschläge, wie Mannheim vom Güterzuglärm entlastet werden kann. Albert Bühler von der Initiative „Neuhermsheim ohne Bahnlärm“ favorisiert eine Umfahrung entlang der A 5, Dezernent Christian Specht (CDU) hält eine Tunnellösung oder eine Teiluntertunnelung eher für machbar. Steffen Bilger (CDU, Bild), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, hörte sich alles geduldig an. Er konnte allerdings lediglich Tipps für das weitere Vorgehen geben.



Bilger war auf Einladung seines Abgeordnetenkollegen Nikolas Löbel bei dessen Bürgerdialog im Restaurant Lindbergh. Die Angst, dass 2025 nach dem Bau einer neuen Strecke nach Frankfurt bis zu 280 Güterzüge pro Tag durch Mannheim rollen könnten, treibt viele um – mehr als 70 Gäste waren gekommen.

„Es ist wichtig, dass wir wissen, was die Forderung der Region ist, und dass sie das uns und der Bahn mitgeben“, sagte Bilger aus Sicht seines Ministeriums. Er machte aber auch deutlich, dass der Bau eines Tunnels, wie etwa im südbadischen Offenburg geplant, einiges voraussetze. Denn für derartigen Lärmschutz, der über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehe, sei ein Beschluss des Bundestages nötig – wie das auch für Offenburg der Fall war. Das sei aber „nicht so einfach“, sagte Bilger, weil natürlich auch andere Regionen Geld für Projekte wollten.

Der Staatssekretär wies darauf hin, dass der Bund schon einiges für den Schutz vor Bahnlärm in die Wege geleitet habe – etwa ein Gesetz, das ab 2020 laute Güterzüge verbiete. Das stellte die Gäste im Saal aber nicht zufrieden. So etwas könne ja gar nicht effektiv kontrolliert werden, sagte einer.

Specht und auch Gunther Mair von der Initiative „Gesundheit statt Bahnlärm in Mannheim“ machten sich für einen Projektbeirat stark. Den gab es in Offenburg auch, in dem Gremium saßen Vertreter von Bund, Land, Region und Bahn, arbeiteten Trassenführung und Lärmschutz aus und bereiteten die Bundestagsentscheidung vor. Dieser Beirat, so Specht, solle auch für die Region „Alternativen erarbeiten und berechnen“. Löbel betonte, er müsse wissen, was die Region wolle, damit er es in Berlin vertreten könne.

Auch für die Mannheimer Grünen-Landtagsabgeordnete Elke Zimmer ist es wichtig, dass die Region gemeinsam nach Lösungen sucht. Für alle Optionen wie Tunnel oder Umfahrung müssten „die Fakten auf den Tisch, und dann können wir Vor- und Nachteile abwägen“, sagte sie bei einem Gespräch mit dieser Zeitung, bei dem sie ihr Parteikollege Thomas Marwein begleitete. Er ist Lärmschutzbeauftragter der Landesregierung. Mit Blick auf einen Tunnel wies Marwein darauf hin, dass relativ lange Rampen nötig seien, um Züge unter die Erde zu bringen. Es könne auch schon helfen, Trassen zwei bis drei Meter tieferzulegen und sie mit Lärmschutzwänden „einzubauen“. (Bild: dpa)